

Pressemitteilung



Stellungnahme der Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu

Sollte der Planfeststellungsbeschluss für den Weiterbau der B15 neu bis zur LA 14 in der vorliegenden Form ergehen, werden wir dagegen klagen. Zahlreiche Einwände, die wir im bisherigen Verfahren eingebracht haben, konnten von den zuständigen Behörden aus unserer Sicht nicht entkräftet werden. Dazu zählen insbesondere die massive Flächenversiegelung, der irreversible Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie die Beeinträchtigung sensibler Schutzgebiete. Auch der Kosten-Nutzen-Faktor erscheint aus unserer Sicht schöngerechnet und hält einer realistischen Betrachtung nicht stand. Angesichts der angespannten Haushaltslage und des erheblichen Sanierungsstaus bei bestehenden Straßen und Brücken in ganz Deutschland ist das Projekt finanziell nicht tragbar.

Darüber hinaus ist die Planung verkehrlich und konzeptionell unsinnig: Eine neue Bundesstraße, die nicht an eine durchgehend leistungsfähige, vierstreifige Verkehrsachse angebunden ist, erzeugt neue Engpässe statt Lösungen. Die Entlastungswirkung auf Landshut ist zweifelhaft, während zusätzlicher Verkehr in bislang vergleichsweise unbelastete Orte gelenkt wird. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten – diese Erfahrung wird hier bewusst in Kauf genommen.

Unser Ziel bleibt es, den Weiterbau dieser Straße zu verhindern und stattdessen eine Verkehrspolitik einzufordern, die Bestandserhalt, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Lebensqualität der betroffenen Menschen ernst nimmt.

Zusammengefasst:

Sollte der Planfeststellungsbeschluss für den Weiterbau der B15 neu bis zur LA 14 in der vorliegenden Form ergehen, werden wir dagegen klagen. Zahlreiche Einwände – von Flächenversiegelung und Verlust landwirtschaftlicher Flächen bis hin zu einem schöngerechneten Kosten-Nutzen-Faktor – konnten von den Behörden nicht entkräftet werden. Die Straße ist planerisch unsinnig, erzeugt neue Engpässe, hat nur eine zweifelhafte Entlastungswirkung auf Landshut und würde zusätzlichen Verkehr in bisher unbelastete Orte lenken. Unser Ziel bleibt, den Weiterbau zu verhindern und eine Verkehrspolitik durchzusetzen, die Umwelt, Bestandserhalt und Lebensqualität ernst nimmt.